

Tarifeinigung öffentlicher Dienst

Beitrag von „kleiner gruener frosch“ vom 2. März 2019 23:19

Man ist sich scheinbar einig geworden.

<https://www.tagesschau.de/eilmeldung/tar...dienst-105.html>

2019: 3,2 % mehr (rückwirkend)

2020: 3,2 % mehr

2021: 3,2 % mehr

Es soll auf die Beamten übertragen werden.

(Wie immer. Schade für die Angestellten, gut (und auch nachvollziehbar) für die Beamten. Die Angestelltengehälter sollten einfach mal (unabhängig von einer Lohnerhöhung) angeglichen werden.)

kl. gr. frosch

Beitrag von „Mikael“ vom 2. März 2019 23:41

2019: 3,2%

2020: 3,2%

2021: 1,4%

bei 33 Monaten Laufzeit.

Ergibt 2,8% pro Jahr. Gefordert waren 6% pro Jahr, also weniger als die Hälfte.

Außerdem ist die lange Laufzeit bei anziehender Inflation (2018: 1,8%, Tendenz steigend) ein Witz.

Die 20% Einkommensrückstand im öffentlichen Dienst, die innerhalb der letzten 20 Jahre gegenüber der "freien" Wirtschaft aufgelaufen sind, werden dadurch überhaupt nicht in Angriff genommen. Also bleibt der öffentliche Dienst auf dem Arbeitsmarkt das "Restesammelbecken". Qualifizierte Fachkräfte bekommt man dadurch nicht (siehe z.B. Thread über professionellen IT-Support an Schulen).

Da hat sich Verdi wieder einmal über den Tisch ziehen lassen.

Gruß !

Beitrag von „Susannea“ vom 3. März 2019 08:08

Zitat von kleiner gruener frosch

Es soll auf die Beamten übertragen werden.

(Wie immer. Schade für die Angestellten, gut (und auch nachvollziehbar) für die Beamten. Die Angestelltengehälter sollten einfach mal (unabhängig von einer Lohnerhöhung) angeglichen werden.)

Daher gibt es ja eine Ausgleichzulage von 105 Euro je Monat (bei 100%), bisher waren es 30 Euro je Monat. Also ein bisschen Ausgleich gibt es schon. Ab wann die Ausgleichzulage allerdings erhöht werden soll, steht nicht dabei und warum die Zahlen, die die GEW-Berlin nennt andere sind, also die die ihr hier nennt und bei der Bundes-GEW stehen, ist mir bisher unklar.

Beitrag von „plattyplus“ vom 3. März 2019 08:15

Zitat von kleiner gruener frosch

Die Angestelltengehälter sollten einfach mal (unabhängig von einer Lohnerhöhung) angeglichen werden.

Die Frage ist aber dann an welches Niveau du angleichen willst. Bevor wir Beamte nicht das Hamburger Modell bekommen was die Krankenkassenbeiträge angeht, wird es da schwer eine Linie zu finden, an der man sich orientieren kann. Jenachdem ob der Beamte in der PKV oder GKV ist, macht das ja schonmal 500,- € Unterschied im Nettogehalt monatlich.

Hamburger Modell: Jeder Beamte kann sich aussuchen, ob er 50% privat versichert und 50% von der Beihilfe bekommt oder er gesetzlich versichert ist und damit auf die Beihilfe verzichtet wofür der Arbeitgeber im Gegenzug den Arbeitgeberanteil der Krankenkasse übernimmt.

Aber bei der Lobbyarbeit der Wirtschaft in der Politik wird das wahrscheinlich nie kommen, weil dann viele private Krankenkassen Insolvenz anmelden könnten. 😞

Beitrag von „wossen“ vom 3. März 2019 08:24

Susannea: Die Ausgleichszulage ist die Kompensation für die weiterhin fehlende Paralleltabelle, die bekommen faktisch nur E 11er (ab A13/TV-I 13 gibt es ja Paralleltabelle)

Der Hammer ist, dass es keine stufengleiche Höhergruppierung geben wird.

Also: von dem (in vielen Ländern bevorstehenden) 'A 13 für alle' würden fast nur die Beamten profitieren - die Tarifbeschäftigte müssen weiterhin bei Höhergruppierungen Erfahrungsstufenverluste hinnehmen, dadurch wird die Besserstellung für Grundschul- und Sek I Lehrer für sie quasi finanziell uninteressant (ja, sie kann sogar nachteilig sein).

Die längst überfällige Erhöhung des Garantiebetrages bei Beförderungen (die gibt es deshalb, weil sonst Angestellte bei Höhergruppierungen oftmals weniger Geld als vorher verdienen würden) auf 180€ brutto kann dies in keinster Weise kompensieren.

Tja, bei einer Laufzeit von 33 Monaten (!!) ein ziemliches Disaster für die angestellten Kollegen (bei denen anscheinend auch noch die Sonderzahlung eingefroren wurde - im Tarifbereich ist die nicht in das Grundgehalt eingepreist worden.)

Beitrag von „Susannea“ vom 3. März 2019 09:32

So viel ich weiß behält Berlin die Erfahrungsstufen bei dem Übergang in E13 bei.

So steht es jedenfalls auf dem Infobrief.

Beitrag von „wossen“ vom 3. März 2019 09:40

Es hilft aber nicht weiter, den Sonderfall Berlin (weil da nicht aktiv verbeamtet wird) auf ganz Deutschland zu übertragen, wo es anders ist und bleibt.

Beitrag von „stpolster“ vom 3. März 2019 09:44

Zuerst die positiven Nachrichten:

1. Bis zum Renteneintritt muss ich nicht wieder streiken. 😊
2. Die Lehrerverbände in Sachsen verlieren noch mehr Mitglieder. 😁 Wie wollen die dann die Gehälter "unserer" Funktionäre bezahlen?
3. Ich wurde bestätigt. Der öffentliche Dienst ist der letzte Dreck.
4. Nach dem Abzug der allgemeinen Preisänderungen (Energie, Abfallentsorgung, Nahverkehr, bald Grundsteuer, bald Negativzinsen, Dienstleistungen, allgemeine Inflation) kann ich von dem übrigbleibenden Nettorest einmal mit meiner Frau schön essen gehen. Einfaches Lokal, versteht sich.

Nun die negative Nachricht:

Knapp 170000 Beschäftigte im öffentlichen Dienst hat Sachsen. Das sind rund 10 % der im Durchschnitt wählenden Personen. Rechnet man nun noch die verärgerten Familienangehörigen hinzu war das der Gnadenstoß für die sogenannten "Volksparteien". Mit einem vernünftigen Tarifabschluss wäre die allgemeine Verärgerung wohl etwas gedämpft worden.

Es sollte/durfte nicht sein.

Nun steht die Katastrophe am 1.September bevor. Ich lehne mich jetzt weit 'raus, aber die AfD wird in Sachsen stärkste Partei. Und in Thüringen und Brandenburg brodelt es auch schon.

Trotzdem allen einen schönen Restsonntag.

LG Steffen

Beitrag von „wossen“ vom 3. März 2019 09:57

Nuja, die neu verbeamteten Lehrer in Sachsen (alle bis 42) werden dafür sicherlich eifrigst dankbar die Landesregierungsparteien wählen...

Die 'Katastrophe' aus Sicht der tarifbeschäftigen Lehrer dort, steht übrigens nicht am 1, September bevor - sie ist da, alleinverantwortlich verursacht von den etablierten Partien (und die angebliche Katastrophe am 1.09. wird die Lebensverhältnisse der tarifbeschäftigen Lehrkräfte kaum ändern, ist ja egal, ob die AfD nun 25 oder 35% macht, müssen dann halt nur ein paar Landtagsabeordnete der etablierten Parteien andersweitig versorgt werden ohne Mandat - die gestrige Nacht greift aber sehr wohl in ihr Leben ein)

Beitrag von „Krabappel“ vom 3. März 2019 10:22

Was hat die AfD mit der Verbeamtung in Sachsen zu tun? So ein Käse, dass es hier einen Haufen Rechte gibt ist schon sehr lange kein Geheimnis.

Um AfD zu wählen gibt es keine Entschuldigung.

Beitrag von „wossen“ vom 3. März 2019 10:32

Nuja, selbstverständlich werden die AFD schon einige tarifbeschäftigte Lehrer als Protestform wählen....

Womit kann man denn sonst Beamtenbund, GEW, Verdi und die Regierungsparteien als Tarifpartner ärgern? Und mehr als ärgern ist ja nicht möglich, da es keinerlei Vereinigung gibt (okay, Schall NRW, aber die sind ja nur in NRW und nicht tariffähig), welche ihre Interessen vertritt oder zumindest aufgeschlossen ist.

Soll z.B. der tarifbeschäftigte stellvertretende Schulleiter in Sachsen die Leute auch noch wiederwählen, die ihn jetzt dadurch erniedrigt haben, dass er ein geringeres Nettogehalt haben kann als der frisch aus dem Referendariat gekommene verbeamtete Berufsanfänger an seiner Schule?

Beitrag von „Morse“ vom 3. März 2019 12:38

Da keine Arbeitskampfmaßnahmen durchgeführt worden sind (bei Angestellten Streik, bei Beamten andere), ist es auch kein Wunder, dass nichts erreicht wurde.

Beitrag von „Krabappel“ vom 3. März 2019 12:48

@Morse, was können Beamte in dieser Hinsicht tun?

Beitrag von „CDL“ vom 3. März 2019 12:55

[Zitat von Krabappel](#)

[@Morse](#), was können Beamte in dieser Hinsicht tun?

Dienst nach Vorschrift? Trifft blöderweise vor allem und zuerst Schüler, deshalb für viele Lehrer keine Option...

Beitrag von „Morse“ vom 3. März 2019 12:57

[Zitat von Krabappel](#)

[@Morse](#), was können Beamte in dieser Hinsicht tun?

Bei Beamten ist das grundsätzlich natürlich eine heiße Kiste. Aber der Dienstherr darf z.B. Beamte nicht als Streikbrecher einsetzen (Urteil des Bundesverfassungsgerichts '93) und auch keine Mehrarbeit in diesem Rahmen anordnen.

Beitrag von „Morse“ vom 3. März 2019 13:04

[Zitat von CDL](#)

Dienst nach Vorschrift? Trifft blöderweise vor allem und zuerst Schüler, deshalb für viele Lehrer keine Option...

Dienst nach Vorschrift bzw. der "Bummelstreik" ist rechtlich umstritten, soweit ich das als Laie beurteilen kann.

Mit Deinem zweiten Satz hast Du leider Recht.

Auf einer Sitzung des Verbands habe ich mal bzgl. der Forderung nach mehr Poolstunden dafür plädiert, kostenlose Mehrarbeit (also die ohne Ausgleich durch Poolstunden) kollektiv niederzulegen.

Antwort eines Funktionärs (!): Dies würde die Schüler treffen und sei deshalb nicht möglich.

Mein Argument, dass genau dieses Treffen der Schüler der Hebel ist, über den mehr Poolstunden erkämpft werden sollen, blieb dann im Raum stehen, mit teilweiser Zustimmung, teilweiser Ablehnung.

Mich hat das - bei einer Sitzung des Verbands/Gewerkschaft wohlgemerkt - sehr enttäuscht.

Die Ansicht, dass eine Arbeitskampfmaßnahme niemand betreffen soll, ist leider ziemlich verbreitet.

Beitrag von „plattyplus“ vom 3. März 2019 13:12

Zitat von Morse

Die Ansicht, dass eine Arbeitskampfmaßnahme niemand betreffen soll, ist leider ziemlich verbreitet.

Da muß ich dir beipflichten. Eine Arbeitskampfmaßnahme bringt nur etwas wenn der Schaden (auch bei Unbeteiligten) möglichst groß ist. Ansonsten kostet sie der Gewerkschaft nur Geld und bringt gar nichts. Leider versteht das niemand. Da nölen dann die Passagiere immer rum, warum die Fluggesellschaften und die Bahn gerade jetzt streiken muß, wo sie in den Urlaub wollen usw. usw. ...

Bei der Bahn und in der Luftfahrt würde ich deswegen als Gewerkschaftschef ganz klar den Streik 2 Tage vor Weihnachten starten oder passend zu den Osterferien.

Ketzerisch habe ich diesbezüglich auch schon einmal formuliert: Man müßte gezielt die Abschlußprüfungen bestreiken, auf das in einem Jahrgang nicht ein Schüler die Schulen mit einem Abschluß verläßt. 😊

Beitrag von „kleiner gruener frosch“ vom 3. März 2019 13:19

Pattyplus:

ich glaube nicht, dass der Schüler, der dann die Schule ohne Abschluss verlässt, irgendeinen Einfluss auf das Ziel der Arbeitskampfmaßnahme haben wird. Bei den Verhandlungen ist er gar nicht involviert. Das macht also nicht so viel Sinn.

kl. gr. frosch

Beitrag von „Susannea“ vom 3. März 2019 13:23

Zitat von wossen

Es hilft aber nicht weiter, den Sonderfall Berlin (weil da nicht aktiv verbeamtet wird) auf ganz Deutschland zu übertragen, wo es anders ist und bleibt.

Das ist aber genau einer der von dir angesprochenen Länder.

Beitrag von „Morse“ vom 3. März 2019 13:25

Zitat von kleiner gruener frosch

Pattyplus:

ich glaube nicht, dass der Schüler, der dann die Schule ohne Abschluss verlässt, irgendeinen Einfluss auf das Ziel der Arbeitskampfmaßnahme haben wird. Bei den Verhandlungen ist er gar nicht involviert. Das macht also nicht so viel Sinn.

Ich bin nicht Pattyplus, aber:

1. Würden bei so einer Maßnahme sicher kein Schüler "dann die Schule ohne Abschluss" verlassen. Die KMs würden das Nachholen dessen organisieren, mit ziemlich hohem Aufwand, was den Betrieb stören würde. Dies ist der Hebel des Streiks.
2. Ja, die Schüler sind nicht involviert, genau so wenig wie Fahrgäste bei der DB oder Eltern von Kitas. Aber die KMs (!) haben ein Interesse daran, dass die Abschlüsse erteilt werden, genau so wie der Staat/Unternehmen, dass Arbeiter an den Arbeitsplatz kommen und ihre Kinder vorher in Betreuung geben können.

Das macht also Sinn!

Gezielt Abschlußprüfungen zu bestreiken ist sogar besonders wirkungs- und damit sinnvoll, allerdings wäre diese Terminierung ein besonders scharfes Mittel, das nicht gleich als allererste Maßnahme genutzt werden sollte - wohl aber als mögliche Eskalation angedroht.

Beitrag von „plattyplus“ vom 3. März 2019 13:26

Zitat von kleiner gruener frosch

ich glaube nicht, dass der Schüler, der dann die Schule ohne Abschluss verlässt, irgendeinen Einfluss auf das Ziel der Arbeitskampfmaßnahme haben wird. Bei den Verhandlungen ist er gar nicht involviert. Das macht also nicht so viel Sinn.

Das macht Sinn, weil es den Druck im Kessel doch ordentlich erhöht zu einem Ergebnis zu kommen.

Ein Jahr kein Abiturient, der an die Uni geht usw. ...

Ein Arbeitskampf muß wehtun, sonst bringt er nichts und notfalls auch über den Umweg Schüler und Presse. Guck dir mal an wie in Frankreich demonstriert und gestreikt wird.

Beitrag von „Morse“ vom 3. März 2019 13:31

Zitat von Morse

Bei Beamten ist das grundsätzlich natürlich eine heiße Kiste. Aber der Dienstherr darf z.B. Beamte nicht als Streikbrecher einsetzen (Urteil des Bundesverfassungsgerichts '93) und auch keine Mehrarbeit in diesem Rahmen anordnen.

Nachtrag:

Bei vielen Kollegen wäre es quasi schon eine Arbeitskampfmaßnahme, wenn sie bei Krankheit mal zuhause blieben, obwohl keine Ferien sind...

Beitrag von „CDL“ vom 3. März 2019 13:33

Ich versteh die Argumentation zwar durchaus, gleichzeitig trifft es jene, denen wir nicht nur als Lehrer, sondern rein menschlich in unserem Bedürfnis unsere Nachkommenschaft zu schützen und zu stärken verpflichtet sind und die selbst nichts für die Arbeitsbedingungen ihrer Lehrer können. Jeopardy mit der Zukunft von Kindern zu spielen und darauf zu bauen, dass das mit

ausreichend Aufwand von oben schon ausgeglichen wird halte ich moralisch für problematisch
Lasst da nur einen SuS am Ende seine Prüfungen nicht rechtzeitig zu einem vom KM
organisierten Nachtermin bestehen und es geht für diesen einen Schüler direkt um ein ganzes
Lebensjahr. Arbeitskampf ja, aber nicht auf dem Rücken der Schwächen. Das bedeutet
nunmal, dass es gerade in sozialen/medizinischen Berufen Einschränkungen gibt.

Beitrag von „kleiner gruener frosch“ vom 3. März 2019 13:36

Zitat

Ein Arbeitskampf muß wehtun, sonst bringt er nichts und notfalls auch über den Umweg Schüler und Presse. Guck dir mal an wie in Frankreich demonstriert und gestreikt wird.

Bisher dachte ich immer, dass ein Arbeitskampf dem Arbeitgeber weh tun muss.

Wobei wir damit beim Problem des Arbeitskampfes im öffentlichen Dienst sind - die Arbeitskämpfe tun dem Arbeitgeber nicht weh. Manchmal verschaffen sie ihm sogar noch (finanzielle) Vorteile. Der Image-Schaden geht auf Kosten der Streikenden. Und den eigentlichen Schaden haben (siehe cdl) "unbeteiligte Dritte".

kl. gr. frosch

Beitrag von „wossen“ vom 3. März 2019 13:47

Es bedarf überhaupt keines Arbeitskampfes....

Die klare Bennennung und das in die Öffentlichkeit tragen der Benachteiligungen von Tarifbeschäftigte gegenüber verbeamteten Lehrkräften wäre viel wirksamer. Das ist doch der Öffentlichkeit (und den Journalisten) völlig unbekannt.

Daran sind die an Beamteninteressen orientierten Gewerkschaften jedoch nicht interessiert....(klar, da müsste man auch manchens Beamtenprivileg benennen).

Überall liest man z.B., dass der ÖD stolz darauf ist, Männer und Frauen gleich zu bezahlen - tja, da sagt KEINE Gewerkschaft, dass es im ÖD viel größere Ungleichheiten in der Bezahlung für identische Arbeit gibt als in irgendeinem Privatunternehmen die Unterschiede zwischen Frauen und Männer sind.

Beitrag von „Morse“ vom 3. März 2019 13:51

Die Wut der Betroffenen richtet sich gegen die Streikenden, anstatt gegen die Arbeitgeber.

Und das obwohl die Betroffenen selbst Arbeiter sind, die mehr Lohn wollen.

Dies liegt v.a. in dem Glauben an ein vermeintlich gemeinsames Interesse von Volk und Nation begründet, bei dem jeder seine Pflicht tun und Opfer bringen muss.

Ausgerechnet diejenigen, die um mehr Lohn kämpfen, sollen nicht ihre Einzel-Interessen verfolgen, sondern ans Wohl der Allgemeinheit denken.

Dass dabei die Reichen immer reicher werden, stört in diesem Bild nur die wenigsten.

Beitrag von „wossen“ vom 3. März 2019 13:59

Im Lehrerbereich kommt dazu noch der Irrglaube an ein gemeinsames Interesse von Beamten und Tarifbeschäftigte.

Der effektivste Weg für Tarifbeschäftigte wäre sicherlich, in einen Verteilungskampf mit Beamten einzutreten.

Sicher, das wird nicht kommen, da es keine Organisation gibt, die einen solchen Weg begehen wird (da Beamte immer mitorganisiert sind - bzw. sogar in den Interessenvertretungsorganisationen der Tarifbeschäftigte dominieren)

Beitrag von „CDL“ vom 3. März 2019 14:06

Zitat von Morse

Ausgerechnet diejenigen, die um mehr Lohn kämpfen, sollen nicht ihre Einzel-Interessen verfolgen, sondern ans Wohl der Allgemeinheit denken.

Dass dabei die Reichen immer reicher werden, stört in diesem Bild nur die wenigsten.

Nö, das erwarte ich von allen meinen Mitmenschen, gleich welchen Bildungsgrads oder welcher Einkommensklasse. Moralisches Handeln beginnt und endet immer bei jedem Einzelnen. Genau aus diesem moralischen Impetus heraus ist dann soziale Ungleichheit auch nicht hinnehmbar.

Beitrag von „Gackita“ vom 3. März 2019 17:20

Zitat von wossen

Susannea: Die Ausgleichszulage ist die Kompensation für die weiterhin fehlende Paralleltafel, die bekommen faktisch nur E 11er (ab A13/TV-I 13 gibt es ja Paralleltafel)

Der Hammer ist, dass es keine stufengleiche Höhergruppierung geben wird.

Also: von dem (in vielen Ländern bevorstehenden) 'A 13 für alle' würden fast nur die Beamten profitieren - die Tarifbeschäftigte müssen weiterhin bei Höhergruppierungen Erfahrungsstufenverluste hinnehmen, dadurch wird die Besserstellung für Grundschul- und Sek I Lehrer für sie quasi finanziell uninteressant (ja, sie kann sogar nachteilig sein).

Die längst überfällige Erhöhung des Garantiebetrages bei Beförderungen (die gibt es deshalb, weil sonst Angestellte bei Höhergruppierungen oftmals weniger Geld als vorher verdienen würden) auf 180€ brutto kann dies in keiner Weise kompensieren.

Tja, bei einer Laufzeit von 33 Monaten (!!) ein ziemliches Disaster für die angestellten Kollegen (bei denen anscheinend auch noch die Sonderzahlung eingefroren wurde - im Tarifbereich ist die nicht in das Grundgehalt eingepreist worden.)

Die Angleichungszulage bekommen nur die, die sie bis Ende Juli 2017 beantragt hatten, falls man das verpasst hat, geht man leer aus. So kann man als AG natürlich gut sparen 😞 . Damals waren das ganze 30 €. Diese Angleichungsanlage ist jetzt auf 105 € erhöht worden.

Beitrag von „Mikael“ vom 3. März 2019 17:46

Zitat von CDL

Arbeitskampf ja, aber nicht auf dem Rücken der Schwächsten. Das bedeutet nunmal, dass es gerade in sozialen/medizinischen Berufen Einschränkungen gibt.

Dieses moralische Argument ist aber nur dann gültig, wenn es auch von der Gegenseite, d.h. den Arbeitgebern, akzeptiert wird. Also faire Tarifangebote machen, so dass es gar nicht erst zum Arbeitskampf kommt.

Aber gerade im öffentlichen Dienst gibt es ja diese notorische Verweigerungshaltung der Arbeitgeber: So werden prinzipiell von Arbeitgeberseite anfangs überhaupt keine Angebote zur Verhandlung gemacht, so dass den Beschäftigten nur Warnstreiks übrigbleiben, um die Arbeitgeber überhaupt zur Verhandlung zu bewegen. Wer handelt hier also unmoralisch?

Moralisches Handeln kann keine Einbahnstraße sein!

Gruß !

Beitrag von „Das Pangolin“ vom 3. März 2019 18:02

Zitat von Gackita

Die Angleichungszulage bekommen nur die, die sie bis Ende Juli 2017 beantragt hatten, falls man das verpasst hat, geht man leer aus. So kann man als AG natürlich gut sparen 😊 . Damals waren das ganze 30 €. Diese Angleichungsanlage ist jetzt auf 105 € erhöht worden.

Die Ausgleichszulage mussten aber nur die beantragen, die vor dem 01. August 2015 als angestellte Lehrer eingestellt worden waren. Alle später eingestellten angestellten Lehrer erhalten sie automatisch.

<https://www.gew.de/tv-l/lehrkraef...eingruppierung/>

In Sachsen wurde übrigens auf Landesebene eine Zulage für angestellte Lehrer ausgehandelt, nachdem dort für vorerst 5 Jahre wieder verbeamtet wird.

Zitat von Zitat

Die Verbeamtung wird durch diese Ausgleichszulage nicht gerechter – aber sie wird etwas einfacher hinnehmbar. Die Zulage – sie beläuft sich auf **etwa 2.000 Euro im**

Jahr – ist eine Anerkennung für die Lehrerinnen und Lehrer, die seit Jahren unermüdlich viel leisten.“ [Hervorhebung von mir]

<https://www.spd-fraktion-sachsen.de/koalition-eini...stellte-lehrer/>

Beitrag von „Lisam“ vom 3. März 2019 18:18

Zitat von stpolster

Zuerst die positiven Nachrichten:

1. Bis zum Renteneintritt muss ich nicht wieder streiken. 😊
2. Die Lehrerverbände in Sachsen verlieren noch mehr Mitglieder. 😊 Wie wollen die dann die Gehälter "unserer" Funktionäre bezahlen?
3. Ich wurde bestätigt. Der öffentliche Dienst ist der letzte Dreck.
4. Nach dem Abzug der allgemeinen Preisänderungen (Energie, Abfallentsorgung, Nahverkehr, bald Grundsteuer, bald Negativzinsen, Dienstleistungen, allgemeine Inflation) kann ich von dem übrigbleibenden Nettorest einmal mit meiner Frau schön essen gehen. Einfaches Lokal, versteht sich.

Nun die negative Nachricht:

Knapp 170000 Beschäftigte im öffentlichen Dienst hat Sachsen. Das sind rund 10 % der im Durchschnitt wählenden Personen. Rechnet man nun noch die verärgerten Familienangehörigen hinzu war das der Gnadenstoß für die sogenannten "Volksparteien".

Mit einem vernünftigen Tarifabschluss wäre die allgemeine Verärgerung wohl etwas gedämpft worden.

Es sollte/durfte nicht sein.

Nun steht die Katastrophe am 1.September bevor. Ich lehne mich jetzt weit 'raus, aber die AfD wird in Sachsen stärkste Partei. Und in Thüringen und Brandenburg brodelt es auch schon.

Trotzdem allen einen schönen Restsonntag.

LG Steffen

Alles anzeigen

hat die AfD eigentlich schon irgendwas geschafft? Oder ist sie immer noch Platzhalter für alles, was jemandem nicht gefällt?

Beitrag von „wossen“ vom 3. März 2019 18:42

@kippelfritze: Korrekt wäre aber: VIELE langgediente Lehrer erhalten eine Zulage von Brutto 2000€ in Sachsen für die entgangene Verbeamtung (also ca. 100€ netto im Monat oder etwas weniger). Jene mit E 14 und höher aber z.B. nicht nach meinem Kenntnisstand...

Anhand der verlinkten Pressemitteilung der SPD-Fraktion in Sachsen könnte man meinen, die wären da in der Opposition, die regieren aber mit (die SPD hat übrigens mit Eva-Maria Stange sogar die langjährige Bundesvorsitzende der GEW in das Kabinett entsandt!)

Beitrag von „Conni“ vom 3. März 2019 19:18

Zitat von kleiner gruener frosch

Bisher dachte ich immer, dass ein Arbeitskampf dem Arbeitgeber weh tun muss. Wobei wir damit beim Problem des Arbeitskampfes im öffentlichen Dienst sind - die Arbeitskämpfe tun dem Arbeitgeber nicht weh. Manchmal verschaffen sie ihm sogar noch (finanzielle) Vorteile. Der Image-Schaden geht auf Kosten der Streikenden. Und den eigentlichen Schaden haben (siehe cdl) "unbeteiligte Dritte".

Kl. gr. frosch

Das ist nicht nur im ÖD so. Wir hatten kürzlich einen Streik der Verkehrsbetriebe, (fast) gleiches Problem. Vermutlich fallen mir noch weitere Beispiele ein.

Ich würde - wenn es um Prüfungen geht - vermutlich auch nicht streiken gehen. Aber außerhalb von direkten Prüfungsvorbereitungen schon, sonst ruht sich der Arbeitgeber auf unserer Moral aus.

Beitrag von „state_of_Trance“ vom 3. März 2019 19:25

Zitat von Morse

Nachtrag:

Bei vielen Kollegen wäre es quasi schon eine Arbeitskampfmaßnahme, wenn sie bei

Krankheit mal zuhause blieben, obwohl keine Ferien sind...

Umgekehrt gibt es aber auch Kollegen, bei denen der "Dienst nach Vorschrift" ein Upgrade wäre.

Beitrag von „Yummi“ vom 3. März 2019 19:29

Natürlich sollte man während Prüfungen streiken. Wann denn sonst?

Nach dem Argument dürfte man niemals Kursstufen bestreiken, da diese sonst einen Nachteil bei der Abitursvorbereitung haben.

Niemals Grundschulen, weil die Eltern nicht wissen wohin mit ihren Kindern.

Keine Berufsschulen, weil die Betriebe ihre Azubis nicht einfach ungeplant unterbringen können....

Lächerlich sich und seine stärkste Waffe aufgrund moralischer Bedenken nicht einsetzen zu wollen.

Beitrag von „kleiner gruener frosch“ vom 3. März 2019 19:32

Thema "Streik in der Grundschule" - die Kinder werden nicht nach Hause geschickt. Sie werden allerdings auch nicht unterrichtet. Aber sie werden betreut. (Stichwort "verlässliche Grundschule") (Gilt zumindest für NRW so.)

Die Folgen eines Streiks in der Grundschule merken also nur die Kinder und die Kolleginnen, die irgendwie die Kinder ohne Lehrerin mitbeaufsichtigen müssen.

Kl.gr.Frosch

Beitrag von „plattyplus“ vom 3. März 2019 19:54

Zitat von kleiner gruener frosch

Die Folgen eines Streiks in der Grundschule merken also nur die Kinder und die Kolleginnen, die irgendwie die Kinder ohne Lehrerin mitbeaufsichtigen müssen.

Der BGH hat aber schon entschieden, daß Beamte nicht als Streikbrecher eingesetzt werden dürfen. Würden wirklich alle Kollegen streiken, soll sich doch mal der Arbeitgeber etwas einfallen lassen, wie er die "verlässliche Grundschule" an den Tagen umsetzen will. Das ist aber nicht das Problem der Streikenden.

Du klingst gerade so, als würdest du streiken wollen ohne das es der Arbeitgeber oder sonstwer in irgendeiner Weise auch nur bemerkt. 😊

Beitrag von „kleiner gruener frosch“ vom 3. März 2019 19:57

Wäre schön, wenn du deine Unterstellungen mir gegenüber vermeiden könntest. Das hat nichts mit "Wollen" zu tun - es ist halt so.

Zum Thema "Streikbrecher": Beamte dürfen nicht als Streikbrecher zum Unterrichten eingesetzt werden. Die Schulleitung muss allerdings (mit Verwendung von Beamten) die **Beaufsichtigung** sicherstellen. Genauso, wie ich es oben geschrieben habe. Kann ich aber gerne noch einmal wiederholen.

Kl.gr.Frosch

Beitrag von „Morse“ vom 3. März 2019 20:14

Zitat von kleiner gruener frosch

Die Schulleitung muss allerdings (mit Verwendung von Beamten) die **Beaufsichtigung** sicherstellen.

Das stimmt, ist aber aufgrund des Lehrermangels teilweise nicht möglich.

In diesem Fall z.B. hat die Schulkonferenz beschlossen, dass Schüler bei hohem krankenstand des Kollegiums klassenweise zuhause bleiben müssen:

<https://www.stuttgarter-zeitung.de/inhalt.unterri...1a43160c9e.html>

Wohlgemerkt ganz ohne Streik!

Beitrag von „Susannea“ vom 3. März 2019 20:35

Zitat von Gackita

Die Angleichungszulage bekommen nur die, die sie bis Ende Juli 2017 beantragt hatten, falls man das verpasst hat, geht man leer aus. So kann man als AG natürlich gut sparen . Damals waren das ganze 30 €. Diese Angleichungsanlage ist jetzt auf 105 € erhöht worden.

Sorry, aber wer sie nicht beantragt hat, weil ihm das zu wenig ist, ist selber schuld. Aber auch da haben die Gewerkschaften gesagt, man soll sich an den Landesverband wenden, evtl. gibt es noch Möglichkeiten.

Zitat von Kippelfritte

Die Ausgleichszulage mussten aber nur die beantragen, die vor dem 01. August 2015 als angestellte Lehrer eingestellt worden waren. Alle später eingestellten angestellten Lehrer erhalten sie automatisch.

gew.de/tv-l/lehrkraefte-eingru...hrkraefte-eingruppierung/

Genau, viele kriegen sie eh ohne Antrag.

Zitat von kleiner gruener frosch

Thema "Streik in der Grundschule" - die Kinder werden nicht nach Hause geschickt. Sie werden allerdings auch nicht unterrichtet. Aber sie werden betreut. (Stichwort "verlässliche Grundschule") (Gilt zumindest für NRW so.)

Die Folgen eines Streiks in der Grundschule merken also nur die Kinder und die Kolleginnen, die irgendwie die Kinder ohne Lehrerin mitbeaufsichtigen müssen.

Bei uns wurden die Eltern gebeten die Kinder zuhause zu behalten und es waren nur ca. 30 1.-6. Klässler anwesend. Also haben auch die nicht streikenden Kollegen nur jeweils 3 Schulstunden lang Kidner beaufsichtigt und das zu mehreren in Kleinstgruppen, also für die auch total relaxed.

Zitat von Morse

Das stimmt, ist aber aufgrund des Lehrermangels teilweise nicht möglich.
In diesem Fall z.B. hat die Schulkonferenz beschlossen, dass Schüler bei hohem krankenstand des Kollegiums klassenweise zuhause bleiben müssen:
<https://www.stuttgarter-zeitung.de/inhalt.unterri...1a43160c9e.html>
Wohlgemerkt ganz ohne Streik!

Wäre bei uns auch nicht möglich gewesen und daher wurde nur Notbetreuung angeboten, die kaum genutzt wurde!

Beitrag von „kleiner gruener frosch“ vom 3. März 2019 21:13

Morse,
Unabhängig davon, dass ich mir nicht sicher bin, ob die Eltern in einer Schulkonferenz zustimmen würden, dass wegen eines Streiks Klassen zuhause bleiben....
... In NRW kann die Schulkonferenz eine entsprechende Entscheidung wie in deinem Link nicht fällen.

Kl.gr.Frosch

Beitrag von „Karl-Dieter“ vom 3. März 2019 21:38

Zitat von Morse

Bei vielen Kollegen wäre es quasi schon eine Arbeitskampfmaßnahme, wenn sie bei Krankheit mal zuhause blieben, obwohl keine Ferien sind...

Das gleicht sich aber mit den Kollegen aus, die bei einem quersitzenden Pups drei Tage zuhause bleiben.

Beitrag von „WillG“ vom 3. März 2019 21:57

Also, so wie ich das sehe, sprechen wir ja, wenn wir von Beamtenstreiks sprechen, ohnehin im Konjunktiv.

Meinetwegen können in der Realität Beamte zur Betreuung von Kindern im Streikfall herangezogen werden - nicht jedoch zum Unterricht.

Aber so wie ich die Diskussion verstehe, geht es mal wieder um ein "was wäre wenn". Und in diesem "was wäre wenn" ist es meiner Meinung nach natürlich so, dass jede Arbeitskampfmaßnahme zunächst den Schüler treffen müsste. Damit muss man dann als Lehrer leben. Ebenso wie der Lufthansapilot damit leben muss, dass der 08/15-Bürger, der wahrscheinlich lange und hart für seinen Traumurlaub gearbeitet und gespart hat, jetzt darunter leiden muss, dass er, der Pilot, eben jetzt für seine eigenen Interessen eintritt.

Denn, klar, die Leute, die letztlich am Verhandlungstisch sitzen, treffen die Maßnahmen nie direkt. Sie sind immer nur indirekt betroffen, weil die Kunden mit ihrer Unzufriedenheit Druck ausüben. Und unsere "Kunden" sind eben die Schüler. Ich wäre deshalb durchaus bereit, sofern Streiks für Beamte erlaubt wären, auch Prüfungen zu bestreiken - nicht als erste Maßnahme, sondern als Eskalationsstufe. Nur so könnte das funktionieren.

Meine ganz persönliche Meinung, die zum Thema Streik wenig relevant ist, ist übrigens, dass wir den Kids viel zu viel Stress machen, wenn wir immer und immer wieder versuchen, sie früher ins Berufsleben zu bekommen. Die Schüler von heute werden bis 70+ arbeiten müssen, da schadet ihnen ein Jahr, das sie "verlieren" nicht wirklich. Wie gesagt, ich meine das nicht als Argument für Streiks während der Prüfungsphase, aber als grundsätzliche Beobachtung.

Beitrag von „Kalle29“ vom 4. März 2019 07:28

Ich weise noch mal für die (wenigen), welche die Seite nicht kennen, auf die Infos von oeffentlicher-dienst.info hin.

[Verhandlung und Rechnungen TV-L](#)

[Übertragungsfortschritt auf Beamte](#)

Ich möchte zwar nicht in Bayern leben, hätte aber auch gerne einen Finanzminister, der so schnell ist wie der aus Bayern. Beide Seiten sollte man wirklich regelmäßig im Blick haben, um die genauen Rechnungen zu sehen. Z.b wurden für die Angestellten die Jahressonderzahlungen eingefroren, so dass die effektive Erhöhung dadurch geschmälert wird. Sowas fällt gerne mal unter den Tisch.

Beitrag von „Morse“ vom 4. März 2019 08:58

Zitat von kleiner gruener frosch

Morse,

Unabhängig davon, dass ich mir nicht sicher bin, ob die Eltern in einer Schulkonferenz zustimmen würden, dass wegen eines Streiks Klassen zuhause bleiben....

... In NRW kann die Schulkonferenz eine entsprechende Entscheidung wie in deinem Link nicht fällen.

Ja, aber ob die Schulkonferenz darüber entscheiden kann und falls ja, ob sie es tun würde, ist m.E. gar nicht der Punkt, sondern, dass wenn keine Lehrer da sind, keine Aufsicht stattfinden kann.

Und zwar ganz egal aus welchen Gründen sie fehlen.

Beitrag von „Conni“ vom 4. März 2019 17:45

Zitat von Susannea

Bei uns wurden die Eltern gebeten die Kinder zuhause zu behalten

Bei uns war das für den Nachmittagsbereich ähnlich, d.h. die Eltern bekamen das schon mit. Vormittags gab es genug Beamte.

Beitrag von „Morse“ vom 4. März 2019 17:55

Bei San Francisco haben Lehrer bis vor ein paar Tage gestreikt, dabei ist mir ein Plakat aufgefallen bzgl. der Diskussion um die davon Betroffenen:

"Ready for STRIKE for the schools that students deserve"

So könnte man's auch sehen, wenn man "wegen der Kinder" eigentlich keinen Unterricht ausfallen lassen wöllte.

Beitrag von „fossi74“ vom 4. März 2019 17:56

Zitat von kleiner gruener frosch

ich glaube nicht, dass der Schüler, der dann die Schule ohne Abschluss verlässt, irgendeinen Einfluss auf das Ziel der Arbeitskampfmaßnahme haben wird. Bei den Verhandlungen ist er gar nicht involviert. Das macht also nicht so viel Sinn.

Ich hoffe, Du hast die Ironieanzeiger vergessen. Falls nicht, schließe ich Dich hiermit in mein Gebet an den heiligen Bimbam ein.

Beitrag von „fossi74“ vom 4. März 2019 18:02

Zitat von CDL

Arbeitskampf ja, aber nicht auf dem Rücken der Schwächsten. Das bedeutet nunmal, dass es gerade in sozialen/medizinischen Berufen Einschränkungen gibt.

Ziemlich schräge Argumentation.

Beitrag von „CDL“ vom 4. März 2019 18:35

Zitat von fossi74

Ziemlich schräge Argumentation.

Ist eine Meinung, gibt es für diese auch eine Begründung? Ich nehme auch "schräge" Argumentationen...

Beitrag von „Morse“ vom 4. März 2019 18:41

Ich bin nicht fossi74, aber vermute mal, dass er/sie darauf hinaus wollte, dass ja gerade in "sozialen/medizinischen Berufen" viele der (Einkommens-) "Schwächsten" sind.

Z.B. von Altenpflegern zu fordern, dass sie keinen Arbeitskampf auf dem Rücken der Schwächsten austragen sollen, ist so gesehen dann schon etwas anrüchig (oder "schräg").

Beitrag von „fossi74“ vom 4. März 2019 18:47

Zitat von Morse

Ich bin nicht fossi74, aber vermute mal, dass er/sie darauf hinaus wollte, dass ja gerade in "sozialen/medizinischen Berufen" viele der (Einkommens-) "Schwächsten" sind.

Z.B. von Altenpflegern zu fordern, dass sie keinen Arbeitskampf auf dem Rücken der Schwächsten austragen sollen, ist so gesehen dann schon etwas anrüchig (oder "schräg").

Besser könnte ich es nicht ausdrücken (würde aber den Verzicht auf die Anführungszeichen bei "Schwächsten" vorschlagen).

Beitrag von „CDL“ vom 4. März 2019 19:35

Das Beispiel mit den Altenpflegern ist natürlich wirklich sehr eindrücklich, Gleichzeitig ist das aber auch eine Branche bei der Streiks natürlich nie eine Grundversorgung gefährden, sondern im Regelfall die Arbeitskräfte streiken, die keinen Dienst haben um das Leben der ihnen anvertrauten alten Menschen nicht zu gefährden.

Beitrag von „plattyplus“ vom 4. März 2019 20:05

Zitat von CDL

Gleichzeitig ist das aber auch eine Branche bei der Streiks natürlich nie eine Grundversorgung gefährden

Warum nicht?

Wenn die Altenpfleger wirklich streiken würden, müßten die ganzen Pflegebedürftigen kurzfristig in Krankenhäuser verlegt werden, um die Grundversorgung sicherzustellen. Mal sehen, wie lange die Pflegekräfte streiken müßten, um zu einem brauchbaren Ergebnis zu kommen. 3 Tage?

Beitrag von „Midnatsol“ vom 4. März 2019 21:45

Eine Bekannte von mir aus den USA hat auch im letzten Jahr gestreikt, zusammen mit allen ihren Kollegen. Da es bei ihnen keine Beamten gibt, fiel der gesamte Unterricht aus. Die Schüler, die trotzdem zur Schule kamen, haben einfach mitgestreikt. Nix Betreuung oder so. So einfach kann das gehen.

Beitrag von „Morse“ vom 4. März 2019 22:11

Zitat von CDL

Das Beispiel mit den Altenpflegern ist natürlich wirklich sehr eindrücklich, Gleichzeitig ist das aber auch eine Branche bei der Streiks natürlich nie eine Grundversorgung gefährden, sondern im Regelfall die Arbeitskräfte streiken, die keinen Dienst haben um das Leben der ihnen anvertrauten alten Menschen nicht zu gefährden.

In Deutschland haben auch schon tausende Ärzte gestreikt, da wurden ganze Stationen geschlossen.

(Randnotiz: bei den Verhandlungen haben sich die Ärzte von Verdi getrennt und selbst verhandelt, das gab dann bis 20 % mehr Lohn.)

Beitrag von „Mikael“ vom 4. März 2019 22:17

Zitat von Morse

(Randnotiz: bei den Verhandlungen haben sich die Ärzte von Verdi getrennt und selbst verhandelt, das gab dann bis 20 % mehr Lohn.)

Gab's vor ein paar Jahren nicht eine wissenschaftliche Untersuchung zum Zusammenhang zwischen Abi-Noten und Studienfachwahl?

Und kam da nicht heraus, dass die schlauesten Abiturienten Ärzte werden? Und die nicht ganz so schlauen, die wählen einen Beruf, der von Verdi vertreten wird (oder so ähnlich).

Gruß !

Beitrag von „plattyplus“ vom 4. März 2019 22:27

Zitat von Morse

(Randnotiz: bei den Verhandlungen haben sich die Ärzte von Verdi getrennt und selbst verhandelt, das gab dann bis 20 % mehr Lohn.)

Guck dir die GdL an. Die wissen auch wie man streikt.

Motto: "Wir sind zuerst unseren Beitragszahlern = Mitgliedern verpflichtet und nicht dem Staat, der Allgemeinheit oder sonst wem." 

Beitrag von „Mikael“ vom 4. März 2019 22:40

Tja, im Bildungsbereich ticken die Gewerkschaften ("die" Gewerkschaft) anders, haben wir alles schon einmal durchdiskutiert:

Welche Gewerkschaft?

Wird sich auch nicht ändern, da die Mehrheit der Mitglieder dieser Gewerkschaft es offensichtlich so will. Also einfach akzeptieren oder austreten.

Gruß !

Beitrag von „Seph“ vom 4. März 2019 23:21

Zitat von Morse

(Randnotiz: bei den Verhandlungen haben sich die Ärzte von Verdi getrennt und selbst verhandelt, das gab dann bis 20 % mehr Lohn.)

Können wir dazu mal bitte einen Quellenabgleich machen? Das würde noch weit über die Ausgangsforderungen der Ärzte von 5% für 2019 hinausgehen.

Beitrag von „plattyplus“ vom 4. März 2019 23:27

Zitat von Seph

Können wir dazu mal bitte einen Quellenabgleich machen?

Also ich habe dazu das hier gefunden:
https://de.wikipedia.org/wiki/%C3%84rzte_in_deutschland_2006

Damals haben sich die Ärzte von Verdi abgespalten und in dem Wikipedia Artikel ist zu finden: "Insbesondere für Berufsanfänger und Assistenzärzte, aber auch für die tarifvertraglich entlohnten Oberärzte gab es Gehaltsteigerungen bis zu 20 Prozent."

Für alle Übrigen galt: "*Einkommensverbesserungen von 10 bis 13 Prozent im Vergleich zum Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst vorgesehen.*"

Also 10 bis 13% **zusätzlich** zu dem, was Verdi in der Runde rausgeholt hatte.

Beitrag von „Seph“ vom 4. März 2019 23:35

Danke, an soweit zurück liegende Ereignisse hatte ich spontan nicht gedacht. Aber ok, da hat eine Abspaltung vom Einheitstarifvertrag in einem sensiblen Versorgungsbereich wirklich etwas gebracht.

Beitrag von „Mikael“ vom 5. März 2019 17:46

Halten wir einmal als Ergebnis dieser Tarifrunde fest:

Für die bereits Beschäftigten ist das Ergebnis wiederum eine Lachnummer, da die tatsächliche Erhöhung nicht 8% über 33 Monate beträgt, sondern nur 7,2% (Erhöhung der Tabellenentgelte um 3,01%, 3,12% sowie 1,29% bei gleichzeitiger Einfrierung der (schon lächerlich geringen) Jahressonderzahlungen!). Bei einer Inflationsrate von 1,8% pro Jahr (Wert von 2018, Tendenz steigend) und der Tatsache, dass jeder mehrverdiente Euro voll in die steuerliche Progression hineinläuft, bleibt netto und nach Inflation von der Erhöhung gerade für die Beschäftigten im höheren Dienst kaum etwas übrig. Zieht die Inflation in den nächsten beiden Jahren weiter an, kann die ""Erhöhung" sogar zum realen Minusgeschäft werden. Nur Berufseinsteiger profitieren von einer deutlich stärkeren Erhöhung (4,5%, 3,2% sowie 1,8%). Siehe: <http://oeffentlicher-dienst.info/tv-l/tr/2019/>

Der Einkommensrückstand zur "freien Wirtschaft" (und auch zu den Beschäftigten bei Bund und Kommunen) wird nicht einmal ansatzweise aufgeholt. Siehe: <http://oeffentlicher-dienst.info/vergleich/entwicklung1/>

Trotz jahrelanger Rekordsteuerüberschüsse im deutlich zweistelligen Milliardenbereich auf allen staatlichen Ebenen (Gesamtstaatlicher Überschuss in 2018 ca. 61 Milliarden Euro: <https://www.welt.de/politik/deutschland/Euro.html>) gibt es für die Tarifbeschäftigte und Beamten, die einen Großteil der staatlichen Leistung erbringen, keine "Gewinnbeteiligung" in Form einer angemessenen Erhöhung von Tarifentlohnung oder Besoldung, von Sonderzahlungen ganz zu schweigen: Diese bleiben entweder auf niedrigem Niveau oder gleich ganz gestrichen.

Da die Prognosen für den gesamtstaatlichen Überschuss abnehmend sind, dürfen sich die Beschäftigten und Beamten insbesondere bei den Ländern auf die übliche Arbeitsverdichtung und weitere "Sonderopfer" schon einmal mental einstellen.

Es bleibt zu hoffen, dass qualifizierte Berufsanfänger nicht auf die diesjährige "Vorzugsbehandlung" der Berufseinsteiger bei der Erhöhung der Tarifentgelte im öffentlichen Dienst hereinfallen, sondern sich vielmehr an der langfristigen Entwicklung der Entgelte der "Bestandsbeschäftigte" bei den Ländern orientieren und ihre Chancen, die sich durch den

demografischen Fachkräftemangel ergeben, anderweitig nutzen. Selbst VW, die ja andauernd unter den Belastungen des Dieselskandels ächzen und stöhnen, zahlt dieses Jahr seinen Tarifbeschäftigte(n) eine Sonderprämie von 4750€, siehe
<https://www.ndr.de/nachrichten/ni...nus,vw4786.html>

Gruß !

Beitrag von „plattyplus“ vom 5. März 2019 18:22

Zitat von Mikael

Es bleibt zu hoffen, dass qualifizierte Berufsanfänger nicht auf die diesjährige "Vorzugsbehandlung" der Berufseinsteiger bei der Erhöhung der Tarifentgelte im öffentlichen Dienst hereinfallen, sondern sich vielmehr an der langfristigen Entwicklung der Entgelte der "Bestandsbeschäftigte(n)" bei den Ländern orientieren und ihre Chancen, die sich durch den demografischen Fachkräftemangel ergeben, anderweitig nutzen.

Das Verrückte in diesem Zusammenhang ist ja, daß die öffentliche Hand, um auch nur halbwegs konkurrenzfähig zu bleiben, bei den oberen Gehalts- bzw. Besoldungsgruppen eigentlich wesentlich mehr drauflegen müßte als bei den unteren Gruppen. Aktuell läuft es durch die Sockelbeträge aber genau andersrum.

Mal sehen, wie weit die Schere bei a13 und a14 noch aufgeht im Vgl. zu den Löhnen in der Wirtschaft, bis auc hdie letzten kapieren, daß man für den Lohn nicht einmal mehr Seiteneinsteiger bekommt. 😊

Beitrag von „Karl-Dieter“ vom 6. März 2019 20:54

Zitat von plattyplus

Mal sehen, wie weit die Schere bei a13 und a14 noch aufgeht im Vgl. zu den Löhnen in der Wirtschaft, bis auc hdie letzten kapieren, daß man für den Lohn nicht einmal mehr Seiteneinsteiger bekommt.

Das mag für manche Spezialisten (Informatik, Maschinenbau usw) gelten, aber nicht für den Durchschnittslehrer.

Nehmen wir mal die Kollegin mit Englisch/Geschichte. Wo bitte bekommt der in der Wirtschaft eine ähnliche Sicherheit UND ein äquivalentes Gehalt?

Als Berufseinsteiger mit A13Z/5 muss ich (selbst unter Berücksichtigung der selbst zu tragenden PKV) um ein ähnliches Netto in der freien Wirtschaft zu haben mit einem Jahresgehalt von knapp 70000 EUR einsteigen. Das bekommen normale Softwareentwickler* mit Universitätsabschluss in vielen Firmen erst nach einigen Jahren Berufserfahrung und dann ist dort Ende der Fahnenstange, sofern man nicht weiter aufsteigt (aber das macht nicht jeder)

(*und bitte kommt mir jetzt nicht mit dem Schwager dessen Kumpel der SAP zertifiziert mit Level 3500 ist)

Beitrag von „Mikael“ vom 6. März 2019 20:59

Super, stellen wir nur noch Englisch- und Geschichts-Lehrer ein, die wären wohl auch mit A12 oder noch weniger glücklich. Deutschland wird aktuell ja sowieso deindustrialisiert, also warum die Schüler überhaupt noch mit Mathe-, Informatik- und Naturwissenschaften belasten?

Gruß !

Beitrag von „Morse“ vom 6. März 2019 21:01

Die fächerspezifische Besoldung wird schon noch kommen.

Beitrag von „Karl-Dieter“ vom 6. März 2019 21:02

[Zitat von Mikael](#)

Super, stellen wir nur noch Englisch- und Geschichts-Lehrer ein, die wären wohl auch mit A12 oder noch weniger glücklich.

Dann nimm Sport / Mathe. Ändert nichts an meinem Beispiel. Du hast meinen Beitrag nämlich offensichtlich nicht verstanden.

Hier wurde gesagt, dass die Löhne mit A13/A14 nicht konkurrenzfähig zur Wirtschaft sind. Ich bin der Meinung, dass sie das, bis auf wenige Einzelfälle, durchaus sind.

Beitrag von „Mikael“ vom 6. März 2019 21:39

Dann bleibt als Konsequenz nur, die Einheitsbesoldung an den Schulen aufzuheben: In der "freien" Wirtschaft bekommt der begehrte Informatik-Spezialist auch deutlich mehr zum Berufseinstieg als die x-te Wald-und-Wiesen-BWLerin..

Aber mit Verdi im Allgemeinen und der GEW im Speziellen ist da wohl nichts zu machen... da soll ja dann der Kindergärtner genausoviel verdienen wie die händeringend gesuchte Informatikerin... und so dreht sich alles im Kreis und der Mangel wird nicht kleiner.

Gruß !

Beitrag von „Yummi“ vom 6. März 2019 21:58

BWL Lehrer waren in den letzten Jahren recht knapp.

Wie will man eigentlich argumentieren, dass der neue BWL-Lehrer 300 € weniger bekommt, weil er dummerweise ein Jahr zu spät da ist und der enorme Mangel der letzten Jahren vorbei ist?

Stelle ich mir gut fürs Klima im Lehrerzimmer vor.

Beitrag von „Mikael“ vom 6. März 2019 22:04

Neu eingestellte Lehrer unterschreiben dann zu Dienstbeginn eine Verschwiegenheitserklärung über die Höhe ihres Gehaltes. Ist doch in der "freien" Wirtschaft üblich.

Gruß !

Beitrag von „Das Pangolin“ vom 6. März 2019 23:17

Zitat von Mikael

Dann bleibt als Konsequenz nur, die Einheitsbesoldung an den Schulen aufzuheben: In der "freien" Wirtschaft bekommt der begehrte Informatik-Spezialist auch deutlich mehr zum Berufseinstieg als die x-te Wald-und-Wiesen-BWLerin..

Aber mit Verdi im Allgemeinen und der GEW im Speziellen ist da wohl nichts zu machen... da soll ja dann der Kindergärtner genausoviel verdienen wie die händeringend gesuchte Informatikerin... und so dreht sich alles im Kreis und der Mangel wird nicht kleiner.

Gruß !

Es gibt doch gar keine Einheitsbesoldung. Man verdient unterschiedlich,

- je nach Bundesland
- je nach Erfahrungsstufe
- je nach Zulage (Buschzulage, Kinderzulage, Brennpunktzulage ...)
- je nach Anstellungsart (verbeamtet, angestellt)
- je nach Anstellungsort (privat, öffentlich)
- je nach Schulart (meistens)
- je nach Ausbildung (Seiteneinsteiger, abgeschlossene Lehrerausbildung, Kurzzeitvertretung ...)
- je nach Funktion (Leitungsfunktionen oder nicht)

...

Beitrag von „plattyplus“ vom 6. März 2019 23:35

Zitat von Kippelfritze

- je nach Ausbildung (Seiteneinsteiger, abgeschlossene Lehrerausbildung, Kurzzeitvertretung ...)

Also bei usn bekommen alle a13.

Beitrag von „Yummi“ vom 7. März 2019 06:09

Zitat von Mikael

Neu eingestellte Lehrer unterschreiben dann zu Dienstbeginn eine Verschwiegenheitserklärung über die Höhe ihres Gehaltes. Ist doch in der "freien" Wirtschaft üblich.

Gruß !

Ich finde gerade die Transparenz der Gehaltshöhe eine sinnvolle Sache.

Beitrag von „Morse“ vom 7. März 2019 10:11

Ich mein' Mikael's Aussage wäre schon a Weng ironisch gemeint.

Beitrag von „Zirkuskind“ vom 12. März 2019 17:07

gerade gelesen:

<http://m.haz.de/amp/news/Nachr...ch-rueckwirkend>

Beitrag von „Kalle29“ vom 12. März 2019 17:14

Tja, aktuell haben außer Hessen, die ja nicht im TV-L sind, alle Landesregierungen irgendetwas zur Übernahme gesagt. Nur NRW nicht. (Wobei das gelogen ist. "In Nordrhein-Westfalen ist noch keine Entscheidung bezüglich der Übertragung des Tarifergebnisses gefallen. Nach Mitteilung des Westdeutschen Rundfunks prüfe das Finanzministerium derzeit die Auswirkungen der Tarifeinigung auf den Haushalt. Ob und wie der Abschluss auch auf die NRW-Beamten übertragen werde, müsse noch entschieden werden.")

Heute ist übrigens mal wieder das WLAN an der Schule ausgefallen - vielleicht müssen die Kollegen von der CDU/FDP dafür jetzt sparen.

Beitrag von „Volker_D“ vom 17. März 2019 13:34

Zitat von Mikael

Neu eingestellte Lehrer unterschreiben dann zu Dienstbeginn eine Verschwiegenheitserklärung über die Höhe ihres Gehaltes. Ist doch in der "freien" Wirtschaft üblich.

Das hätte vor 2 Jahren noch funktioniert. Aber seit einem Jahr gibt es das ETG (Entgeldtransparenzgesetz), insofern würden die Gehälter dann doch bekannt; man muss nur fragen.

Beitrag von „Morse“ vom 17. März 2019 14:48

Die Klinik-Ärzte bzw. der Marburger Bund bereitet übrigens wieder einen Streik vor: "In den kommenden Wochen könnten dann Operationen verlegt werden und weitere Verzögerungen für Patientinnen bevorstehen." *

Schade, dass viele Lehrer freiwillig auf bessere Arbeitsbedingungen verzichten, indem sie Schülern, Eltern und ihrem Arbeitgeber keinen Streik zumuten wollen. (Im OP wird ja höchstens das Leben erhalten, im Klassenzimmer dagegen zur Erkenntnis geführt!)

Daher gibt es für Lehrer auch keinen Verband/Gewerkschaft wie den Marburger Bund, GDL, Cockpit, IG Metall usw.

* <https://www.zeit.de/wirtschaft/201...zte-warnstreiks>

Beitrag von „primarballerina“ vom 19. März 2019 18:37

Zitat von Kalle29

Tja, aktuell haben außer Hessen, die ja nicht im TV-L sind, alle Landesregierungen irgendetwas zur Übernahme gesagt. Nur NRW nicht. (Wobei das gelogen ist. *"In Nordrhein-Westfalen ist noch keine Entscheidung bezüglich der Übertragung des Tarifergebnisses gefallen. Nach Mitteilung des Westdeutschen Rundfunks prüfe das Finanzministerium derzeit die Auswirkungen der Tarifeinigung auf den Haushalt. Ob und wie der Abschluss auch auf die NRW-Beamten übertragen werde, müsse noch entschieden werden."*)

Update: [Beamte in NRW sollen mehr Geld bekommen](#)

Beitrag von „CDL“ vom 21. März 2019 12:57

Heute kam per Mail die Info über die Tarifeinigung und deren Auswirkungen auf Landesbeamte BaWü. Für Referendare gibt es pauschal (anstelle einer prozentualen Erhöhung) ab Januar 2019 50€ monatlich mehr sowie weitere 50€ monatliche ab Januar 2020. Sehr schönes Ergebnis, das mir immerhin 150€ Nachzahlung (brutto) im April bringen wird plus fortlaufend die 50€ monatlich mehr ab April.

Beitrag von „Freakoid“ vom 22. März 2019 21:06

Auch in NRW gibt's mehr Geld. Ich weiß schon gar nicht mehr wohin mit der ganzen Kohle!

https://rp-online.de/nrw/nrw-einigt...ng_aid-37625785

Beitrag von „Mikael“ vom 22. März 2019 21:10

Zitat von Morse

Daher gibt es für Lehrer auch keinen Verband/Gewerkschaft wie den Marburger Bund, GDL, Cockpit, IG Metall usw.

Aber wir haben doch WerDie? und die GehEhWeehh! Die sind doch gesellschaftspolitisch hoch engagiert!

Gruß !

Beitrag von „Karl-Dieter“ vom 23. März 2019 06:33

Zitat von Mikael

Aber wir haben doch WerDie? und die GehEhWeehh!

"WerDie" und "GehEhWeeh"? Im Ernst? Schreibst du auch "Microsuxx" oder "U\$A"?
So habe ich als Teenager geschrieben.

Beitrag von „plattyplus“ vom 23. März 2019 06:38

Zitat von Mikael

Die sind doch gesellschaftspolitisch hoch engagiert!

Das brauch ich nicht. Ich hätte gerne einen Claus Weselsky als Verhandlungsführer, wenn es um die Moneten geht. 

Aus wikipedia:

"Auch ein GDL-Streik im Herbst 2014 löste umfassende Kritik an Weselsky in den Medien aus. Vorgeworfen wurden ihm insbesondere mangelnde Verhandlungsbereitschaft und das

Bestreben, den Machtbereich der GDL zu erweitern - zu Lasten der Bahnkunden und der konkurrierenden Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft. Kritisiert wurden unter anderem die Streiklänge von 50 Stunden bzw. 61 Stunden und der Streiktermin an einem der verkehrsreichsten Wochenenden des Jahres, an dem in sieben Bundesländern die Herbstferien begannen und in zwei Bundesländern endeten und zudem die offiziellen Feierlichkeiten zum 25. Jahrestag des Mauerfalls am 9. November 1989 anstanden. Als eine Boulevardzeitung anlässlich eines viereinhalbtagigen Streiks seine Telefonnummer abdruckte, ließ er sein Telefon auf das von Bahnchef Rüdiger Grube umleiten."

Der scheint zu wissen, wie es geht.

Beitrag von „Midnatsol“ vom 23. März 2019 07:43

Zitat von plattyplus

Als eine Boulevardzeitung anlässlich eines viereinhalbtagigen Streiks seine Telefonnummer abdruckte, ließ er sein Telefon auf das von Bahnchef Rüdiger Grube umleiten."

Haha, diese Episode kenne ich noch garnicht 😊

Beitrag von „Morse“ vom 23. März 2019 10:47

So einen Verhandlungsführer hätte auch ich gerne.

Dass Betroffene das Ende eines Streiks wünschen und teilweise auch fordern ist klar. Bemerkenswert finde ich dabei, dass in den allermeisten Fällen dies von den Streikenden (!) gefordert wird, und nicht von den Arbeitgebern! Anstatt z.B. Weselsky zum Staatsfeind Nummer Eins zu stilisieren hätten sie damals auch titeln können "Grube, lass uns endlich wieder fahren!" oder ähnlich. Insofern finde ich den Move der Umleitung seiner Telefonnummer sehr gelungen.

Beitrag von „CDL“ vom 23. März 2019 12:53

Vielleicht sollten wir dem Herrn Weselsky doch den Quereinstieg ans Herz legen samt Ehrenmitgliedschaften in GEW, Beamtenbund, VBE, Realschullehrerverband, Philologenverband und wie sie alle heißen- sollen schließlich alle was davon haben. 😊 Schule kann angeblich jeder, mit soviel Herzblut streiken nicht.

Beitrag von „Mikael“ vom 23. März 2019 18:54

Zitat von Karl-Dieter

So habe ich als Teenager geschrieben.

Echt? Du warst mal jung? Hätte ich jetzt nicht gedacht...

Beitrag von „Bolzbold“ vom 23. März 2019 20:38

Mikael, muss das jetzt sein?

Beitrag von „Mikael“ vom 3. April 2019 15:07

Verdi fordert auch für die Banker 6% Erhöhung pro Jahr, erste Warnstreiks laufen.

Für den öffentlichen Dienst wurden ja ebenfalls 6% pro Jahr gefordert, herausgekommen sind ja knappe 2,8% pro Jahr.

Wird spannend sein zu sehen, ob Verdi bei den Banken genauso nachgiebig ist wie beim öffentlichen Dienst. Wir werden sehen.

Gruß !

Beitrag von „kodi“ vom 3. April 2019 17:51

Das schöne an unserem politischen System ist, dass jeder das selbst in die Hand nehmen und sich für seine Ziele/Vorstellungen engagieren kann.

Insofern hat jede Berufsgruppe irgendwo auch die Arbeitnehmervertretung, die sie verdient/sich selbst ausgesucht hat.

Da nur wenige Leute bereit sind, sich führe ihre Wünsche zu engagieren, hat man auch exzellente Chancen schnell in einer Position zu sein, wo man etwas bewirken kann.

Zugegebenerweise gehört die Mitgliedschaft in der Tarifkommision vermutlich eher nicht dazu, wo das ganz schnell geht.

Beitrag von „chemikus08“ vom 4. April 2019 19:43

Beitrag 89 CDL

Weselsky Ehrliche Antwort

- Der wird mit quietschenden Reifen vom Schulhof fahren, wenn er erfährt, dass nur ein Drittel der angestellten Kolleginnen und Kollegen überhaupt organisiert ist und von den organisierten beim Streikauf Ruf über die Hälfte fahnenflüchtig wird, weil die lieben Kleinen doch gerade jetzt ihrer Anwesenheit bedürfen wegen der anstehenden Klassenarbeiten.
-

Beitrag von „Flintenweib“ vom 27. April 2019 00:16

Hm, also ich habe noch nicht mehr bekommen. Ihr? Wann kommt das?

Beitrag von „Susannea“ vom 27. April 2019 08:39

Das dauert, ob das nun im April dabei ist kann ich zumindest noch nicht sagen. dass Geld kommt pünktlich am 30., die Abrechnung frühestens am 29. (erster Tag nach den Ferien).

Die letzte Nachzahlung der Angleichungszulage habe ich ja z.B. für 1,5 Jahre erhalten, also keine Panik, irgendwann kommt es.

In Berlin wird ja interessant, ob die vor der nächsten Erhöhung (E11 zu E13 zum 1.8.) kommt oder sich die dadurch auch verschiebt.

Beitrag von „Conni“ vom 27. April 2019 21:40

Zitat von Flintenweib

Hm, also ich habe noch nicht mehr bekommen. Ihr? Wann kommt das?

Es war noch nicht mal das Geld wegen des Streiks abgezogen...

Beitrag von „Susannea“ vom 27. April 2019 22:14

Zitat von Conni

Es war noch nicht mal das Geld wegen des Streiks abgezogen...

Na das dauert doch auch noch länger, da müssen sie uns doch erst anschreiben, dazu haben sie maximal 3 Monate Zeit, dann müssen wir erst antworten, dass wir auch ganztägig gestreikt haben (das wird bei uns interessant, eine Kollegin hat erst zwei Stunden Arbeit geschrieben, ich war nach dem Streik beim Bezirkslehrerausschuss usw. also alle nicht ganztägig) und erst dann wird das mit der nächsten Abrechnung abgezogen. Vor 2 Jahren hat das ca. 6 Monate gedauert.

Beitrag von „Conni“ vom 27. April 2019 23:16

Zitat von Susannea

Na das dauert doch auch noch länger, da müssen sie uns doch erst anschreiben, dazu haben sie maximal 3 Monate Zeit, dann müssen wir erst antworten, dass wir auch ganztägig gestreikt haben (das wird bei uns interessant, eine Kollegin hat erst zwei Stunden Arbeit geschrieben, ich war nach dem Streik beim Bezirkslehrerausschuss usw. also alle nicht ganztägig) und erst dann wird das mit der nächsten Abrechnung abgezogen. Vor 2 Jahren hat das ca. 6 Monate gedauert.

Echt? Das letzte Mal, dass ich gestreikt habe, ist so lange her, kann mich gar nicht erinnern.

Beitrag von „Susannea“ vom 27. April 2019 23:24

Zitat von Conn

Echt? Das letzte Mal, dass ich gestreikt habe, ist so lange her, kann mich gar nicht erinnern.

Ja, echt. Ich habe hier so eine Schreiben bekommen, wo drin steht, "wir haben gehört, dass sie am xxx ganztägig gestreikt haben..." und dann kannst du dich dazu äußern oder nichts tun und es so hinnehmen, dass sie das Geld abziehen und diesmal werde ich ihnen eben Arbeit machen und gucken, was bei rauskommt, wenn es eben nicht ganztägig war. Die Erhöhung gab es jedenfalls damals schon deutlich vor dem Abzug 😊

Und letztendlich hat mich das noch nicht mal einen Monat gekostet und ich hatte den Abzug von der GEW komplett zurück.